

Der Kaukasus, Deutschland & die EU

Gernot Erler im ADK-Gespräch



ADK: Lassen Sie uns mit Fragen zur grundsätzlichen Bedeutung der Kaukasus-Region beginnen: Welchen Stellenwert hat die Kaukasus-Region im Rahmen der deutschen und europäischen Außenpolitik vor dem Hintergrund der weltpolitischen Veränderungen seit dem 11.9.2001?

Wo liegen die deutschen und europäischen Interessen an dieser Region und wie können diese mit den Interessen der anderen wichtigen „Player“ in der Region, also Russland und USA abgestimmt werden?

Erler: Der 11. September 2001 hat den Blick auf die Welt verändert. Regionale Konflikte, die sich bis dato im Windschatten der so genannten großen Weltpolitik befanden, rückten plötzlich ins Zentrum der internationalen Wahrnehmung. Dies trifft auch für die Region des südlichen Kaukasus zu.

Mehr als zwölf Jahre nach Erlangung ihrer staatlichen Unabhängigkeit sind die drei Staaten des südlichen Kaukasus Georgien, Armenien und Aserbaidschan nach wie vor von politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Instabilität geprägt. Die gesamte Region bleibt durch zahlreiche Konflikte, Krisen, Spannungen und Interessengegensätze bestimmt. Schwache staatliche Strukturen sind ein für alle drei Länder gültiges Phänomen.

Die ungelösten ethno-territorialen Konflikte und Spannungen mit Minderheiten im Südkaukasus lasten wie ein Damoklesschwert auf der gesamten Region. Darüber hinaus zeichnen sich alle drei Staaten nach wie vor durch Demokratie- und Menschenrechtsdefizite und das Fehlen oder eine nur unzulängliche Ent-

wicklung von Bürgergesellschaften aus.

Die gesamte Entwicklung der Region wird durch wirtschaftliche und soziale Probleme, verbunden mit Mängeln beim Transformationsprozess, behindert. Organisierte Kriminalität mit mafiösen Strukturen in Politik und Wirtschaft, insbesondere durch Drogen-, Waffen- und Menschenhandel, beeinträchtigen die innere Sicherheit aller drei Staaten. Korruption auf allen staatlichen Ebenen, Klientelismus und Ineffizienz des gesamten öffentlichen Sektors stellen eine weitere zusätzliche Belastung dar.

Zugleich ist die Region des südlichen Kaukasus von großer geostrategischer Bedeutung. Sie bildet die Schnittstelle konkurrierender, teils kollidierender geopolitischer und energiepolitischer Interessen der Vereinigten Staaten, Russlands sowie der Türkei und des Iran.

Mit der unmittelbar bevorstehenden Erweiterung der Europäischen Union nach Osteuropa und der angestrebten Ausdehnung nach Südosteuropa, der Verleihung des EU-Kandidatenstatus an die Türkei, der NATO-Öffnung sowie der vor drei Jahren vollzogenen Aufnahme der südkaukasischen Staaten in den Europarat rückt die Region zugleich näher an Europa. Eine fortgesetzte oder sich zu spitzende Destabilisierung hätte zwangsläufig negative Auswirkungen auf die Länder der Europäischen Union.

Sowohl die EU als auch Deutschland verfolgen in der Region keine unmittelbar geostrategischen Interessen. Im Vordergrund der europäischen Politik steht jedoch das Interesse an kooperativer Konfliktbewältigung und Krisenprävention, regionaler Stabilität, Zusammenarbeit und ungehinderter Energiezufuhr aus dem Südkaukasus und Zentralasien.

Europa ist bereits seit langem in vielfältiger Weise im Südkaukasus engagiert. Die OSZE, der Energiechartavertrag, der Europarat sowie die Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der EU mit den kaukasischen Republiken garantieren bereits ein eng verzahntes Beziehungsgeflecht, das dennoch weiter ausbaufähig wäre.

Uns ist bewusst, dass die EU und Deutschland in der Region ein hohes Ansehen genießen. Dies ist zugleich mit hohen Erwartungen an uns verbunden, vielleicht sogar manchmal mit zu hohen.

Deutschland ist bilateral als zweitgrößter Geber, durch seine unmittelbare Mitwirkung an internationaler Vermittlung für eine politische Lösung der regionalen Konflikte sowie multilateral über die EU

und die internationalen Förder- und Finanzinstitutionen (IWF, Weltbank, etc.) ebenfalls erheblich im Südkaukasus engagiert.

Die Europäische Union ist seit längerem bestrebt, ihre Politik in und die Zusammenarbeit mit dem Südlichen Kaukasus auszubauen. Darin wird sie von der Bundesregierung uneingeschränkt unterstützt. Dazu gehören u.a. ein verstärkter politischer bilateraler und regionaler Dialog, der Russland, Iran und die Türkei mit einbezieht; eine stärkere Fokussierung auf regionale Aspekte im Hinblick auf eine Lösung der Konflikte und eine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie eine verstärkte Koordination der EU-Politik in internationalen Organisationen sowie mit anderen internationalen Organisationen in der Region wie dem Europarat, der OSZE, der Vereinten Nationen.

Deutschland setzt sich im Rahmen der EU intensiv für ein verstärktes politisches Engagement im Südkaukasus ein. Auch auf bilateraler Ebene kommt das große Interesse an der Entwicklung in der Region zum Ausdruck. Die enge europäische Zusammenarbeit zeigt: Regionale Kooperation ist ein Schlüssel zu friedlichem Miteinander, wirtschaftlicher Entwicklung und politischer Versöhnung, wie vor kurzem auch Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul anlässlich der Zusammenkunft mit den Außenministern Armeniens, Aserbaidschans und Georgiens erklärt hat.

Die Bundesregierung unterstützt die regionale Zusammenarbeit im südlichen Kaukasus im Rahmen ihrer Südkaukasus-Initiative, die im Jahr 2001 ins Leben gerufen wurde. Die Schwerpunkte der Initiative liegen auf der Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft, Wirtschaftsreform und Aufbau der Marktwirtschaft sowie Energie, Naturschutz und Gesundheitsvorsorge. Dazu gehören beispielsweise Schulungen von Richtern in Verfassungsrecht und Eigentumsfragen, Lieferungen von Medikamenten gegen Tuberkulose und Weiterbildung von medizinischem Personal, Planungen für Städtepartnerschaften im Südkaukasus und Einrichtung eines Kreditgarantiefonds. Für die Zusammenarbeit mit der Region Südkaukasus stellt die Bundesregierung jährlich mehr als 50 Millionen Euro zur Verfügung. Dies zeigt die wachsende Bedeutung der Region in der Wahrnehmung deutscher Politiker.

Es ist zugleich ein sichtbarer Beitrag zum Konfliktabbau und zur Krisenprä-

vention. Dabei wird auf ein Prinzip zurückgegriffen, das sich schon in anderen Zusammenhängen bewährt hat, vor allem im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa. Gefördert werden länderübergreifende Investitionsprojekte, die die jeweiligen Staaten zu einer stärkeren regionalen Zusammenarbeit bringen.

Im Südkaukasus werden gezielt Projekte im Bereich des Auf- und Ausbaus des Rechtssystems und zur Stärkung der kommunalen Demokratie, des Energiesektors, der Privatwirtschaft, im Gesundheitswesen und im Umweltbereich gefördert.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Schwierigkeiten im politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozess der drei Länder des südlichen Kaukasus, dem Ringen um innere Stabilität in diesen Ländern sowie der umfassenden Aufgabe der regionalen Konfliktprävention kann die Initiative der Bundesregierung einen Beitrag zur Lösung der akuten und strukturellen Entwicklungsprobleme dieser Länder leisten und zugleich einen Impuls in Richtung regionale Zusammenarbeit setzen.

ADK: Unsere Leserinnen und Leser interessieren sich auch für die deutsche und europäische Außenpolitik in dieser Region. Wie ist zu bewerten, dass Armenien sich politisch und wirtschaftlich nach EU-Europa orientiert, aufgrund der Probleme mit der Türkei aber militärisch nicht zur NATO, sondern nach Russland?

Ist es denkbar, dass in einer späteren Phase der EU-Osterweiterung auch die Kaukasus-Länder EU-Mitglieder werden könnten?

Erl: Dass Armenien sich außen- und sicherheitspolitisch mehr an Russland als an der NATO orientiert, hat unterschiedliche Ursachen. Einen davon haben Sie angesprochen. Aus unserer Sicht sind gute Kontakte der drei kaukasischen Länder zu ihren Nachbarstaaten – und Russland ist einer davon – nichts Verwerfliches. Im Gegenteil: Eine Politik gegen Russland in dieser Region wäre von vornherein zum Scheitern verurteilt. Insofern begrüßen wir jede konstruktive Kooperation, sofern sie nicht instrumentalisiert wird und auf Ausgrenzung eines Anderen ausgerichtet ist.

Auf europäischer Ebene ist es notwendig, einzelne Maßnahmen noch stärker zu bündeln und in einer gemeinsamen europäischen politischen Strategie münden und die Europäische Union als außenpolitischen Akteur in der Region auftreten zu lassen. Zwar sind die europäischen Beiträge im Bereich der Wirtschaftshilfe, des Staatsaufbaus und der Konfliktvermittlung durchaus willkommen, sie ersetzen jedoch nicht die Ausarbeitung einer langfristig angelegten politischen Strategie.

In einer solchen Strategie müsste die Anbindung der kaukasischen Staaten an Europa und das Engagement im Hinblick auf Konfliktvermittlung im Kaukasus unter Beteiligung der regionalen Mächte vor dem Hintergrund der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung der Region festgeschrieben werden. Europa hat den nicht zu unterschätzenden Vorteil, dass es selbst keine geostrategischen Interessen in der Region verfolgt, was die Akzeptanz als glaubwürdiger und verlässlicher Partner erhöht.

Eine Eröffnung einer konkreten Beitrittsperspektive für die EU wäre zum gegenwärtigen Zeitpunkt völlig illusionär. Genauso abwegig wäre es, eine solche Entwicklung für alle Ewigkeit auszuschließen. Vor 20 Jahren hätte sich vermutlich auch noch niemand vorstellen können, dass Polen im Jahre 2004 der EU beitreten wird.

Eine langfristig erfolgreiche Strategie setzt eine umfassende Analyse der Konfliktlagen und ihrer spezifischen Ursachen voraus. Sie bewahrt vor überzogenen Erwartungen und ermöglicht es, die richtigen Akzente zum geeigneten Zeitpunkt zu setzen.

ADK: Das Genozid-Problem hat besonders bei Armeniern auch einen hohen emotionalen Stellenwert.

Bleibt es dabei, dass der Deutsche Bundestag es ablehnt, den Genozid an den Armeniern förmlich festzustellen, obwohl die Tatsache als solche in Deutschland nicht geleugnet wird?

Und: Wie kann in Deutschland ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass es aufgrund der teilweisen deutschen Mitverantwortung ein besonderes Verhältnis zum armenischen Volk geboten ist?

Erl: Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland weist dem Deutschen Bundestag die Rolle der Legislative zu. Es kann daher nicht die Aufgabe des deutschen Parlamentes sein, geschichtliche Ereignisse, die in anderen Staaten stattfanden und zudem fast ein Jahrhundert zurückliegen, mit formalen Beschlüssen zu bewerten. Dies ist die Aufgabe von Historikern.

Niemand in Deutschland hat Anlass, die Gräueltaten der türkischen Armenierverfolgungen im Ersten Weltkrieg zu leugnen. Diese Ereignisse sind bereits damals kritisiert worden und werden heute von der Mehrheit der Historiker als völkermordartige Verbrechen des damaligen türkischen Staates gewertet. Mit Geschichtsinterpretationsbeschlüssen europäischer Parlamente kann aber die Türkei nicht dazu gezwungen werden, ihre Verharmlosungsversuche zu unterlassen.

Die in die Europäische Union streben-

de Türkei muss selbst zur Erkenntnis kommen, dass zur Europa-Fähigkeit eines Kandidatenlandes gehört, auch dunkle Kapitel seiner Vergangenheit aufzuarbeiten. Es stünde daher der Türkei gut an, anstelle der strikten Verurteilung jeglicher Befassung mit der Armenierfrage zu diesem Teil ihrer Geschichte zu stehen und endlich eine Entschuldigung gegenüber dem armenischen Volk auszusprechen.

Ein Bewusstsein besonderer deutscher Verantwortung für die Armenier wird sich 90 Jahre nach den historischen Ereignissen nur in geringem Ausmaß schaffen lassen. Schon damals war es nur eine Minderheit in Deutschland, die sich für dieses Thema interessierte, obwohl es dazu auch eine öffentliche politische Debatte gab. Ein solches Bewusstsein gibt es jedoch nach wie vor im Raum der Kirchen, die sich aus diesen Gründen bis heute im karitativen Bereich für die Armenier einsetzen.

Das generelle deutsch-armenische Verhältnis wird im Bewusstsein der deutschen Bevölkerung überwiegend von der heutigen Wahrnehmung des nach der Auflösung der Sowjetunion entstandenen armenischen Staates bestimmt. Dabei ist von wesentlicher Bedeutung, inwieweit Armenien als Unruheherd oder aber als Stabilitätsfaktor in der Krisenregion Kaukasus wahrgenommen wird.

Die Fragen stellte RAFFI KANTIAN

Zur Person: Funktionen im Deutschen Bundestag: Ordentliches Mitglied im Gemeinsamen Ausschuss; Vorsitzender der Deutsch-Russischen Parlamentariergruppe; Stellvertretendes Mitglied in den Ausschüssen: Auswärtiges, Verteidigung, Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Europa und im Vermittlungsausschuss; Stellvertretendes Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE; **Funktionen in der SPD-Bundestagsfraktion:** Stellvertretender Vorsitzender, zuständig für die Arbeitsbereiche Außenpolitik, Sicherheitspolitik, Entwicklungspolitik, Menschenrechte und Humanitäre Hilfe und für die Koordinierung der internationalen Arbeit der Fraktion; Stellvertretender Sprecher der „Parlamentarischen Linken“; **Ehrenamtliche Funktionen:** Auswärtiges Amt, Koordinator für die deutsch-russische zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit; „Petersburger Dialog“ (Mitglied des Lenkungsausschusses); Südosteuropa-Gesellschaft, München (Präsident); West-Ost-Gesellschaft Südbaden, Freiburg (Vorsitzender); Deutsch-Bulgarisches Forum, Berlin (Vorsitzender); Deutsch-Kasachische Gesellschaft, Berlin (Vorsitzender).